

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Koalition der Freien Szene Berlin

per Mail an: info@koalition-der-freien-szene-berlin.de

Sebastian Koch

Landesgeschäftsführer

Landesvorstand Berlin

Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30 / 24 00 93 01

Telefax +49 30 / 24 00 92 60

sebastian.koch@dielinke.berlin

www.dielinke.berlin

Berlin, den 10. August 2021

Betr. Wahlprüfstein der Koalition der Freien Szene

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins der Koalition der Freien Szene Berlin. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

Räume und Infrastruktur

- 1. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie der Arbeitsraumnot von Berliner Künstler*innen entgegenwirken und eine bezahlbare räumliche Infrastruktur der Freien Szene nachhaltig und krisensicher stärken?**
- 2. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie der Verdrängung von Berliner Künstler*innen aus dem Innenstadtbereich dauerhaft entgegenwirken?**

DIE LINKE Berlin verfolgt das Ziel, auch in der Zukunft die bestehenden Arbeitsräume zu erhalten und Verdrängung zu verhindern. Dazu wurde das Kulturraumbüro neu geschaffen, in dem es erstmalig einen Zusammenschluss von 6 Akteur*innen aus Kulturverwaltung, BIM, GSE, PROSA (Bündnis der Koalition der Freien Szene) & dem Atelierbüro gibt, die genau dieses Ziel gemeinschaftlich verfolgen.

DIE LINKE Berlin will die Produktionsbedingungen für freie Künstler*innen verbessern und das Angebot neuer Ateliers für bildende Künstlerinnen und Künstler deutlich ausbauen. Unserem Ziel, 2.000 Atelierräume zu sichern, sind wir durch die Vereinbarung zur Prenzlauer Promenade in diesem Jahr ein großes Stück nähergekommen, aber insgesamt werden die Räume für Produktion & Präsentation von Kunst & Kultur nicht ausreichen. Wir müssen also auch neue schaffen.

Der Ansatz der LINKEN ist dabei, dass Kultur Teil von Stadtentwicklung ist: bei der Schaffung von Synergien und der Planung von neuen Stadtquartieren, dem Schulneubau, durch Kunst im öffentlichen Raum, durch das Schaffen von Arbeits- und Proberäumen, unter Einbeziehung der Arbeit von Stadtteilzentren und Quartiersmanagements.

Kulturräume stehen in Berlin, unter dem Druck von steigenden Mieten und starken Nutzungskonkurrenzen. Ein relevanter Anteil von Fördergeldern geht in Mieten.

- DIE LINKE Berlin setzt sich dafür ein, die vorhandenen Kultur-Räume in der ganzen Stadt, also auch in der Innenstadt, in der die Mietkapitalhaie besonders aktiv sind, zu erhalten und – durch Umnutzung von Landesliegenschaften, Ankäufe und langfristige Anmietungen – neue Räume zu kulturkompatiblen, bezahlbaren Mietkonditionen dazu zu gewinnen.
- Wir wollen langfristig mehr Räume in Landeseigentum überführen, um unabhängiger von privaten Eigentümern und Investoren zu werden.
- Sollte durch die Krise ein Preiseinbruch auf dem Immobilienmarkt stattfinden, fordert DIE LINKE Berlin, dass das Land trotz hoher Schuldenbelastung noch stärker in den Ankauf von Immobilien investiert.
- Um auch zukünftig ausreichend Flächen zur Verfügung zu haben, haben wir aktuell einen Bodensicherungsfonds geschaffen.

Zum Erhalt von Arbeitsräumen würde eine Mietpreisbremse für Gewerberäume beitragen, für die wir uns auf Bundesebene einsetzen.

3. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie bei der Entwicklung neuer Quartiere auch Raumangebote für künstlerisches Arbeiten schaffen? Inwiefern sollen hierbei auch private Bauherr*innen in die Pflicht genommen werden?

DIE LINKE Berlin schlägt dazu vor, dass die Voraussetzungen dafür zu schaffen sind, dass für die 16 neuen Stadtquartiere Berlins der Bedarf an kultureller Infrastruktur erfasst und bei der Planung und beim Bau implementiert wird. Dabei muss der Bedarf sowohl aus Bezirks- als auch aus Landessicht erfasst werden.

Ein langfristiges Ziel muss dabei auch die Feststellung und Durchsetzung verbindlicher Mindeststandards für bezirkliche Kultureinrichtungen sein. Kennzahlen bzw. Mindeststandards auf gesamtstädtischer Ebene müssen verbindlich gesichert werden.

Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zwischen den Senatsverwaltungen Kultur und Europa, Bildung, Integration und Soziales sowie Wohnen und Stadtentwicklung sollte diesen Prozess steuern. Das Kulturraumbüro der Senatsverwaltung für Kultur und Europa müsste dafür eine personelle Verstärkung erhalten und in die Lage versetzt werden, systematisch in die städtebaulichen Planungsprozesse für die neuen Stadtquartieren eingebunden zu sein, die Bedarfsanmeldungen zusammenzufassen und in den Planungs- und Realisierungsprozess einzubringen.

Bei der Planung von wohnverträglichen Gewerbeflächen sollten systematisch immer Räume für freischaffende Künstler*innen bzw. Kreative vorgesehen werden. Dazu sind Vereinbarungen mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, mit Wohn- und/oder Künstler*innengossenschaften abzuschließen.

Während öffentlicher Bedarf der Institutionen (inklusive der offenen/dritten Orte) durch Senat- und Bezirke zu finanzieren wäre, müssten alle landeseigenen Gesellschaften, Genossenschaften und andere private Unternehmen dringlich eingeladen werden, an der Schaffung einer modernen, gegenüber sich wandelnden Bedürfnissen flexiblen kulturellen Infrastruktur mitzuwirken.

4. Wie schätzen Sie die Bedeutung des abgelaufenen Bestandsoptimierungsprogramm (BOP) ein und würden Sie sich für ein Nachfolge- oder Ersatz-Modell stark machen?

Das Ziel der Förderung, die Nutzung bestehender Proberäume durch frei arbeitende professionelle Künstlerinnen und Künstler, die bislang Proberäume privater Anbieter aufgrund ihrer Größe und ihres Preises nicht oder nur eingeschränkt nutzen konnten, zu ermöglichen, ist richtig und hat nach wie vor Bestand. Das Programm hat vielen Künstler*innen ermöglicht, Probe- und Arbeitsräume zu nutzen, die sich das sonst nicht hätten leisten können.

Viele Vermieter*innen haben allerdings immer weiter die Mieten gesteigert, so dass die Belastung sowohl für die Nutzer*innen als auch das Land Berlin bei einem Teil von ihnen zu groß wurde. So sind Räume verloren gegangen. Der Anteil der Förderung, die in der Subventionierung von Mieten versickert, steht so nicht der Investition in den künstlerischen Prozess zu Verfügung oder fehlt an anderen Stellen wie z.B. bei Stipendien. Natürlich muss es weiter Mietsubventionen geben, aber der Kampf um eine Gewerbemietpreisbremse muss dies ebenso begleiten wie die Schaffung neuer möglichst landeseigener Räume.

5. Setzen Sie sich für spartenübergreifende Produktions- und Präsentationsräume ein, die temporäre, gemeinschaftliche und kostenlose Nutzungen anbieten und in denen dialogischer Austausch und Vernetzung möglich ist?

Das ist eine Vision, die wir durchaus teilen, die kurzfristig auf Grund der begrenzten finanziellen Mittel aber nicht umsetzbar sein wird - noch dazu, da Kultur eine freiwillige Leistung ist.

Die durch Corona fehlenden Steuereinnahmen, die für Hygiene- und Gesundheitsschutz notwendigen Maßnahmen und die Unterstützungsmaßnahmen wie die Soforthilfen haben zusätzliche Kosten in Milliardenhöhe erzeugt, die die Finanzsituation noch verschärfen.

6. Wie sichern Sie die in der Charta festgelegte langfristige Nutzung der gesamten Alten Münze als einen Ort der freien Kunst- und Kulturszene Berlins?

Wir haben diese Nutzung auf Antrag der rot-rot-grünen Koalition per Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin gesichert. Die entsprechend notwendigen Investitionsmittel müssen auch zukünftig bereitgestellt werden. Für das Haus IV als Haus für Jazz und Neue Musik muss dafür und auch für den Betrieb des Hauses der Bund mit in die Pflicht genommen werden.

7. Setzen Sie sich dafür ein, dass mindestens 50 % des Tempelhofer Flughafenareals zukünftig für Kunst und Kultur nutzbar gemacht werden? Wieviel Prozent würden Sie für künstlerische Nutzungen vorsehen und welche Vision hierfür können Sie skizzieren?

Aufgrund der maroden Bausubstanz, was vor allem das Tragwerk und den Brandschutz betrifft sowie vieler aus Gesundheitsschutzgründen nicht nutzbarer Räume und der noch anhaltenden Grundlagenermittlungen für die Sanierungen fällt es schwer, hier eine Prozentzahl anzugeben. Wir sagen deshalb: Soviel Kultur wie möglich!

Die vom rot-rot-grünen Senat gerade erst beschlossene „Vision 2030+“ gibt ja den Rahmen für die Nutzung des Flughafengebäudes vor und betont, dass es in den kommenden Jahren zu Berlins zentralem Ort für Kunst, Kultur, Büro- und Kreativnutzungen werden soll.

Kulturpolitisch wichtig findet DIE LINKE Berlin hier auch im Senatsbeschluss, dass im Rahmen der Aufarbeitung der NS-Geschichte mit der Verlagerung des Gedenkortes KZ Columbiahaus an den historischen Ort ein würdiger Erinnerungsort geschaffen wird, der an das einzige Konzentrationslager innerhalb Berlins, das „Columbia-Haus“, erinnern wird.

8. Mit welchen Maßnahmen setzen Sie sich dafür ein, dass Orte und Räume der Kunst klimaneutral und barrierefrei werden?

So wie bei allen öffentlichen Orten und Räumen, müssen sich auch diejenigen für Kunst und Kultur der Umsetzung der UN-Behinderkonvention verpflichtet fühlen. Kunst muss barrierefrei erlebbar sein und dafür müssen zum einen die Zugänge und auch die Räume selbst entsprechend baulich hergerichtet werden und zum anderen die Kunst selbst z.B. durch Audiodeskription, Organisierte Tastbegehungen, Erklärungen in einfacher Sprache usw. erfahrbar sein. Künstler*innen mit Behinderungen müssen die Unterstützungen bekommen, die sie zur Ausübung ihrer Kunst brauchen.

Für all dies müssen das Land und die Bezirke bestehende Programme fortführen und die entsprechenden zusätzlichen Mittel zur Verfügung stellen. Dafür braucht es ein konzeptionelles Vorgehen.

Ein Beitrag zur Herstellung von Klimaneutralität ist, dass bei Neubauten oder der Sanierung von Dachflächen vom Eigentümer ein Teil der Dachfläche mit Solaranlagen bestückt werden muss. Eine weitere Maßnahme ist, dass Orte und Räume von Kunst im Wohnumfeld oder aber mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein sollten. Also müssen vielerorts mehr Kunsträume geschaffen werden (siehe zu 1. und 2.) und auch der ÖPNV im Liniennetz und bei der Taktung ausgebaut werden.

9. Wie wollen Sie sich in Berlin und im Bundesrat für einen besseren Gewerbemiet*innenschutz und Regelung zur Begrenzung von Gewerbemieten einsetzen?

Wie schon dargestellt, setzen wir uns für einen Gewerbemietendeckel ein. Das Gewerbemietrecht ist Bundesrecht. Deshalb streben wir einen Beschluss durch eine Bundesratsinitiative, die Berlin möglichst mit anderen Bundesländern gemeinsam einbringt, an.

10. Wie könnten sowohl Veranstaltungsorte, die privatwirtschaftlich als KMU betrieben werden, als auch mit bürgerschaftlichem Engagement geführte Vereine bzw. hybride Einrichtungen dauerhaft als soziokulturelle Orte gesichert werden?

Soziokultur schafft Dritte Orte, in denen die Vielfalt der Menschen auf die Vielfalt der Kultur trifft, generationsübergreifend & spartenoffen. Sie stärken durch Beteiligung die Demokratie, nachhaltiges Denken & sozialen Zusammenhalt.

Deshalb wird ihr Erhalt und die Schaffung neuer Orte unsere Unterstützung haben beim Kampf um bezahlbare Gewerbemieten & der Planung neuer Stadtgebiete.

Wichtig ist uns, dass Fördermittel nicht nur produkt- sondern auch prozessorientiert vergeben werden. Wir wollen Kultur für alle öffnen und zum „selbst Kultur machen“ bessere Bedingungen schaffen!

Partizipation, Teilhabe & Diversität

11. Wie wollen Sie künstlerische Selbstverwaltungsstrukturen stärken (z.B. durch Finanzierung von Beratungs- und Geschäftsstellen)? Wie wollen sie die Expertise künstlerischer Verbände, Initiativen und Netzwerke bei kulturpolitischen Entscheidungen einbeziehen?

Eine vielfältige Freie Szene macht einen Teil der Anziehungskraft Berlins aus. Künstlerische Selbstverwaltungsstrukturen für die Freie Szene Berlins, die ihre Interessen gegenüber Öffentlichkeit und Politik vertreten und die die durch sie Vertretenen auch durch Dienstleistungen unterstützen, sind für Künstler*innen unverzichtbar. Eine Vernetzung der Künstler*innen einzelner Sparten, aber

auch künstlerischer Sparten untereinander ist ebenso Teil der Ziele wie die Veränderung von Rahmenbedingungen für Künstler*innen. Die Corona-Krise zeigt, wie bedeutsam die Arbeit von Dachverbänden ist, denn sie ermitteln konkrete Zahlen, verweisen auf Handlungsbedarf, stellen konstruktive Forderungen auf und bieten Unterstützung. Die aktuell überwiegend unbezahlte Arbeit in den Beratungs- und Verbandsstrukturen braucht hier feste Stellen.

Die Beantragung und Bewilligung von Fördermitteln dafür wird von uns im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten unterstützt. Die Einbeziehung der Expertise künstlerischer Verbände, Initiativen und Netzwerke bei kulturpolitischen Entscheidungen sollte über Runde Tische, Beteiligungsverfahren oder auch die Einladung zu Anhörungen im Berliner Abgeordnetenhaus ebenso erfolgen wie über direkte Einbeziehung in gemeinsame Arbeit wie z.B. beim Kulturraumbüro. Die Selbstorganisation von Selbstständigen und Interessensverbänden sollte mithilfe eines Verbandsklagerechts gestärkt werden, was allerdings auf Bundesebene geregelt werden muss.

12. In welchen kulturellen Entscheidungsprozessen sehen Sie eine verbindliche partizipative Teilhabe von Vertretungen der Freien Szene vor? Wie stellen Sie sich diese konkret vor?

Hier möchten wir auf die Beispiele des partizipativen Prozesses zur Entwicklung der Alten Münze, die Installation des Kulturraumbüros oder auf die Zusammenarbeit beim Runden Tisch Tanz verweisen. So stellen wir uns kulturelle Entscheidungsprozesse vor.

13. Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie das Anliegen der Freien Berliner Kunstszene unterstützen, in der Kulturpolitik aktiv gegen Rechtspopulismus, Rassismus, Klassismus, Sexismus, Ableismus, Ageism und andere Diskriminierungsformen vorzugehen?

DIE LINKE Berlin wird im Kampf um Vielfalt und gegen jede Diskriminierung immer an der Seite der Freien Berliner Kunstszene stehen und Angriffen auf unsere Demokratie entschieden entgegentreten – ob durch die Unterstützung von Demonstrationen & Aktionen der Vielen oder die Abwehr von Angriffen durch parlamentarische Kräfte wie die AfD. Kürzungen von Haushaltsmitteln, wie von der AfD verlangt, wird es mit uns nicht geben. Treten Diskriminierungen in Kultureinrichtungen auf, werden wir sofort für Aufklärung sorgen, die Diskriminierten unterstützen und klar gegen die Auslöser*innen vorgehen.

14. Wie stellen Sie Diversität in den Förderstrukturen, künstlerischen Institutionen (vor und hinter der Bühne), in den Verwaltungen und in den Jurys sicher?

Unser Bestreben ist es, dass die Leitungen aller Häuser auf allen Ebenen, ob in der Verwaltung oder in künstlerischen Institutionen, diverser werden und wach dafür sind, dieses Prinzip auf allen Ebenen zu bedenken. Bei der Vergabe von Fördermitteln muss auch Diversität ein Kriterium sein, wofür wiederum auch die Jurybesetzung eine dringliche Voraussetzung ist. Menschen mit Behinderungen und Frauen müssen bei gleicher Eignung quotiert und damit bevorzugt eingestellt werden.

15. Wie wollen Sie Förderinstrumente bzw. den Zugang zu ihnen barrierefrei, inklusiver, multilingualer und entbürokratisierter gestalten? Welche Maßnahmen und Änderungen in den vorhandenen Förderstrukturen und -kommunikation sowie in den Kultureinrichtungen, Spielstätten und Ausstellungsorten halten Sie für notwendig, um eine barrierefreie Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen sowohl auf der Rezipient*innen- als auch auf Produzent*innenebene zu erreichen? Künstler*innen mit Behinderungen benötigen auch geförderte, bezahlbare Arbeitsräume. Welche Vorschläge haben Sie, um diesen Anteil an Räumen zu erhöhen?

In Bezug auf die Unterstützung und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verweisen wir auf die Beantwortung der Frage 8. Dass entbürokratisierte Förderanträge machbar sind, hat die rot-rot-grüne Koalition bei den Soforthilfen für Corona-Betroffene gezeigt. Gesetzliche Regelungen müssen geändert werden, wenn sie einer vereinfachten Antragstellung und unbürokratischen Bearbeitung entgegenstehen.

Kulturförderung & soziale Absicherung

16. Inwieweit wollen Sie sich auf Bundesebene für eine verbesserte soziale Absicherung und gegen die Altersarmut von (Solo-)Selbstständigen und dabei insbesondere Kunstproduzent*innen einzusetzen (z.B. Arbeitslosenversicherung, Zugang zur Grundrente)?

DIE LINKE Berlin kritisiert deutlich die restriktive Gestaltung der Zugangsvoraussetzungen zu einer Arbeitslosenversicherung. DIE LINKE Berlin fordert daher eine Reform der Arbeitslosenversicherung für Selbständige (vgl. Antrag, Arbeitslosenversicherung für Selbständige reformieren, Drucksache 19/24691, Deutscher Bundestag, 25.11.2020). Perspektivisch sollen alle Selbstständigen in die Zweige der Sozialversicherungssysteme (Rente, Gesundheit und Pflege, Arbeitslosenversicherung) einbezogen werden. Damit wird den Selbstständigen der gleichberechtigte Zugang zu den Leistungen der jeweiligen Systeme eröffnet, gesamtgesellschaftliche Solidarität zwischen den verschiedenen Gruppen organisiert und schließlich auch die finanzielle Basis der Sozialversicherungen gestärkt. Die Beitragszahlungen sollen sich dabei an den tatsächlichen Einkommen orientieren. Eine finanzielle Überforderung durch die Beiträge ist zu vermeiden. Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro netto im Monat einführen – darunter droht Armut. Die Solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft, sie wird bei Bedarf gezahlt.

17. Mit welchen konkreten Maßnahmen und Instrumenten wollen Sie die Förderung der Freien Szene stärken und bedarfsgerechter gestalten, um freien Künstler*innen das nachhaltige, langfristige und kontinuierliche künstlerische Arbeiten zu ermöglichen? Welche Perspektiven sehen Sie hierbei für einen substanziellen Ausbau langfristiger Individualförderungen, die auch die Recherche-, Entwicklungs- und Abwicklungsarbeit finanziell angemessen abbilden?

Um zu widerständigeren Strukturen im Bereich der Fördersystematik zu kommen und diese nachhaltiger zu gestalten, müssen Zuwendungsrecht, Institutionelle Förderung und Projektförderung sowie Förderkriterien überarbeitet werden, Rücklagenbildung und zeitlich langfristige Stipendien ermöglicht, Nachhaltigkeit und Bürokratieabbau erreicht und Verbandsstrukturen gestärkt werden. Insgesamt muss die Förderung langfristiger, autonomer und weniger projektorientiert sein.

Fördermittel müssen flexibler einsetzbar sein und weniger ergebnisorientiert. Fördergeber*innen sollten Ermessensspielräume nutzen, um weniger kontrollierend als ermöglichend zu agieren. Vorbereitende und archivierende Arbeiten sind einzupreisen. Die Möglichkeit eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns (ohne dass so ein Anspruch auf spätere Förderung begründet wird) sollte zumindest in Ausnahmen möglich sein. Eine vereinfachte Möglichkeit der Umstellung von Sach- zu Personalkosten sollte geschaffen werden. Es muss eine Rücklagenbildung ermöglicht werden, auch bei Festbetragsfinanzierung und dazu ist ein transparentes Verfahren zu entwickeln. Der Verwendungszweck von Fördermitteln sollte flexibel anzupassen sein.

Im Fall eines Ausfalls oder einer begründeten Verschiebung eines Projektes müssen Ausfallhonorare möglich sein, ohne dass an den künstlerischen Produktionsmitteln gespart wird. Projektmittel

sollten überjährig verwendbar sein. Es muss möglich werden, Zuwendungen als Vollfinanzierungen zu bewilligen, um gerade kleinen Institutionen/Vereinen die Antragstellung zu erleichtern.

18. Setzen Sie sich für zwingend verbindliche Honoraruntergrenzen für freie Künstler*innen als Förderkriterium in allen Förderungsinstrumenten (Projekte, Ensembles, Einrichtungen) ein?

Arbeitsverhältnisse und soziale Absicherung müssen durch branchenspezifische Honoraruntergrenzen verbessert werden.

Einkommensgefälle sind zwischen den Sparten, den Geschlechtern, innerhalb der Institutionen und im Vergleich zwischen Institutionen und Freier Szene zu beobachten. Eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ist einerseits durch das Hochsetzen von Fördermitteln (z.B. realistische Kalkulation von Projektmitteln) und die Verknüpfung der Ausreichung von Fördermitteln an Empfehlungen zu Honoraruntergrenzen zu erreichen. Honorare und Löhne müssen entsprechend geltenden Tarifen und den Empfehlungen der Verbände angepasst werden. Nur so kann eine private Rücklagenbildung auch im Freien Bereich erreicht werden.

19. Wollen Sie freien Künstler*innen und Kunstproduzent*innen aller Sparten den Zugang zu wesentlichen Förderinstrumenten wie der Basisförderung ermöglichen? Wie wollen Sie dabei eine angemessene und spartengerechte Verteilung der Fördersummen sicherstellen und auch spartenübergreifende bzw. interdisziplinäre Künste, wie z.B. das Musiktheater mit seinen besonderen Mittelbedarfen angemessen berücksichtigen?

Der hier nachgefragte Zugang zur Basisförderung für alle freien Künstler*innen und Kunstproduzent*innen aller Sparten ist unter den gegebenen finanziellen & gesetzlichen Bedingungen nicht möglich. So lange Kultur nur eine freiwillige Leistung ist, wird sich daran nur in Zeiten großer Haushaltsüberschüsse etwas ändern lassen.

Gerade im Kulturbereich, aber auch darüber hinaus, würde ein bedingungsloses Grundeinkommen für Alle viele Probleme lösen. Vorschläge und Petitionen gibt es hierfür seit Jahren, aktuell wird diese Möglichkeit neu diskutiert. Ein Grundeinkommen wäre ein Instrument, dass alternativ zu einer breit angelegten Basis/Stipendienförderung wirken und Kulturretats entspannen könnte. Ergänzend zu den unter 18. genannten Maßnahmen ist ein spartenübergreifendes, langfristiges (Basis-) Stipendienprogramm sinnvoll.

20. In den letzten Jahren ist die Zahl der Förderanträge stark gestiegen, sodass fast alle Förderinstrumente stark überzeichnet sind. Wie wollen Sie die Fördermittel im nächsten Haushalt anpassen, um diese Situation zu verbessern und in welchem Maß?

Durch die Corona-Pandemie hatte Berlin große Haushaltsverluste und z.B. durch die Soforthilfen und Maßnahmen zum Gesundheitsschutz in enormem Umfang Mehrausgaben in Milliardenhöhe. Es wird deshalb in erster Linie im nächsten Doppelhaushalt um den Erhalt der in der letzten Legislatur erkämpften & deutlich gesteigerten Mittel gehen. Da die Tarifsteigerungen gesichert werden müssen, kann es ansonsten nur um eine Umverteilung innerhalb des Haushaltes gehen.

21. Wie beurteilen Sie die aktuell praktizierten Verfahren, um Jurys und Beiräte zu besetzen? Welche Ideen und Konzepte haben Sie, um Jurys divers und transparent zu besetzen?

Das Ziel muss es sein, Jurys und Beiräte mit spartengebundenen Fachkräften & divers zu besetzen, entsprechend auch demographischer & Genderfaktoren. Dazu beitragen würde es, auch inter- und

transdisziplinär arbeitende Künstler*innen und Sachverständige und alle antragsberechtigten Kunstformen einzubeziehen.

22. In welchem Verhältnis steht die Förderung der freien professionellen Künstler*innen zur Förderung der Institutionen? Welchen Anteil sollte die Förderung der freischaffenden Künstler*innen im gesamten Förderetat einnehmen?

Förderzusagen setzen schon jetzt oft Zusagen von Häusern/Institutionen im Hintergrund voraus. Es besteht eine starke Verwobenheit, ein Netz gegenseitiger Abhängigkeiten zwischen Freier Szene und institutionell geförderten Häusern. Der alte Gegensatz von institutionell geförderten Häusern mit klassischem Mainstream-Programm und der künstlerisch innovativ arbeitenden Freien Szene besteht in dieser klaren Differenzierung nicht mehr, hier hat ein Transformationsprozess bereits begonnen.

Beide Bereiche haben ihre je eigenen Problematiken: In den großen Häusern besteht die Notwendigkeit an folgenden Themen zu arbeiten: Vielfalt (PPP), Geschlechtergerechtigkeit, Gagen- und Gehaltsstrukturen, Starsystem, autoritären Machtstrukturen und dem Verhältnis von Klassischem zu Zeitgenössischem. In den Freien Szenen muss an folgenden Themen gearbeitet werden: Selbstausbeutung, Nachhaltigkeit, Beschränkung von Formaten (große Formate sind oft weder räumlich noch finanziell machbar), Qualität und Vermittlung.

Es sollte die (alte) Forderung, die institutionell geförderten Häuser zu öffnen wieder diskutiert werden:

- Temporär könnten die geförderten großen Häuser und Institutionen in Not geratene kleinere Projektorte oder Spielstätten aufnehmen bzw. ihnen Präsentations- und Probenmöglichkeiten in ihren Räumlichkeiten ermöglichen. Hier sind unkonventionelle Lösungen gefragt, wie Open Air Veranstaltungen ermöglicht und Innenhöfe oder Parkdecks genutzt werden können.
- In Bezug auf Räume und Technik könnte kooperiert werden
- Die Forderung, dass Institutionelle Theater auf einen prozentual festzulegenden Anteil ihres künstlerischen Etats für Produktionen der Freien Szene verzichten könnten, die durch eine Jury vergeben werden, halten wir für diskussionswürdig.

23. Welche Änderungen in der Fördersystematik wollen Sie als Lehre aus Corona langfristig und nachhaltig einführen? Inwiefern wollen Sie sich in diesem Zusammenhang auch für Änderungen im Zuwendungs- und Haushaltsrecht einsetzen?

Die Antwort steht, wie schon oben erläutert, unter dem Vorbehalt der Haushaltsmöglichkeiten.

In Ergänzung zu dem unter 17. Genannten wäre eine Umstrukturierung der Projektförderung anzustreben, mit der Autonomie gestärkt wird, damit Orte und Gruppen in ihren Produktionen/Spielplänen nicht langjährig so stark von Projektanträgen und so von Jury-Entscheidungen abhängig sind.

Produktionsetats müssten erhöht und Programmetats etabliert werden. Es braucht autonom, nach mit der Verwaltung erarbeiteten, festen Kriterien verwaltete Programmetats (unabhängig von der Projektförderung). Der administrative Aufwand würde so insgesamt kleiner werden.

Der Gastspieldruck muss reduziert werden, indem Programmetats die Strukturförderung in Form von Konzeptförderung ergänzen.

Die Finanzierung sollte vereinfacht und Förderung gerechter verteilt werden. Üblich sind ja oft mehrere Anträge pro Produktion und oft mehrere Koproduktionspartner. Künstlerische Produktion wird so von gekoppelten Jury-Entscheidungen abhängig und Fördermittel werden zunehmend an Themen, wie Beethoven-, Bauhaus-, Reformationsjubiläum geknüpft - beides auf Kosten der künstlerischen Freiheit.

Letztlich sollte auch der Nachweis der Mittelverwendung vereinfacht werden, indem bei Projektförderungen der einfache Verwendungsnachweis für Festbetragsfinanzierungen und für kleinere Zuwendungen zum Regelfall gemacht wird.

24. Welche Förder- und Hilfsmaßnahmen wollen Sie ergreifen, damit die negativen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie für Freie Künstler*innen und künstlerische Orte abgemildert werden?

DIE LINKE Berlin hat sich in der rot-rot-grünen Koalition sowohl als Fraktion als auch durch den von ihr geführten Kultursenat für umfassende Soforthilfeprogramme, zusätzliche Stipendienförderung, finanzielle Unterstützung und den Beistand zur Sicherung von künstlerischen Orten sowie der Entwicklung von Möglichkeiten im Rahmen der Draußenstadt stark gemacht. Dies war in der Krise notwendig und wird auch in der Zeit, in der wir uns aus ihr herausarbeiten, notwendig sein. Die langfristigen Auswirkungen der Krise können heute noch nicht vollends vorhergesehen werden. Sicher aber ist: Die aktuelle Pandemiesituation zeigt exemplarisch die starke Krisenanfälligkeit des bestehenden Kulturfördersystems. Statt die Relevanzfrage in Zeiten knapper Kassen zu stellen, muss gefragt werden, wie kann Kulturförderung so gestaltet werden, dass sie zum einen zu einer höheren Krisensicherheit führt und zum anderen den aktuellen künstlerischen Produktionsweisen adäquat angepasst ist.

Diese Debatten sind nicht erst in der Krise entstanden, sondern haben schon davor begonnen. Jetzt aber gibt es durch den Handlungsdruck in der Krise eine Chance zur Veränderung sowohl in Bezug auf die sogenannten „gewachsenen Förderstrukturen“, als auch und damit eng verbunden in Bezug auf die Verfasstheit der großen Kulturinstitutionen. Ein „Wiederhochfahren“ des Kulturbetriebs sollte also nicht ein reines Bewahren des Bestehenden beinhalten, sondern auch Transformation bedeuten.

Zu Vorschlägen für die Veränderungen von Fördersystematik, Zuwendungsrecht, Projektförderung, der Arbeits- & Lebensbedingungen und Sicherung von Orten haben wir uns bereits oben geäußert. Hinzu kommt eine stärkere Digitalisierungsförderung.

25. Wie stellen Sie sicher, dass die Mittel für die Freie Szene im Zuge von möglichen Einsparungen zur Tilgung von Corona-Krediten nicht gekürzt werden? Welche Prioritäten setzen Sie hierbei?

Genau das hat für DIE LINKE Berlin Priorität! Wir wollen nicht, dass Berlin der Krise hinterherspart! Wir werden uns gegen Versuche, die Kosten der Corona-Krise durch Kürzungen im Kultursektor zu bewältigen, vehement wehren. Den einschneidenden Auswirkungen der Pandemie auf den Kulturbereich wollen wir eine »Neustartinitiative« entgegensetzen, um Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden die Wiederaufnahme ihrer Arbeit zu ermöglichen. Nur mit einer von Bund und Land getragenen Anschubfinanzierung kann verhindert werden, dass Berlin an kultureller Vielfalt und damit einen wesentlichen Teil seiner Identität verliert.

26. Wie wollen Sie die bezirkliche Kulturförderung auch in den Randbezirken stärken?

Wir wollen die Berücksichtigung des Kulturbereichs – insbesondere von Bibliotheken, Musikschulen, kleinen Spielstätten, aber auch Arbeitsräumen – in den Konzepten zur Entwicklung der Sozialen Infrastruktur (SIKo) in allen Bezirken. Bei der Erstellung dieser Konzepte ist die verpflichtende Einbindung der bezirklichen Ämter zu etablieren.

Grundlage dafür ist, verbindliche Mindeststandards für alle Bereiche der bezirklichen Kultur zu entwickeln und durchzusetzen, womit beispielhaft bei Bibliotheken und Musikschulen begonnen wurde.

Bei der Entwicklung der 16 neuen Stadtquartiere, wie auch bei allen größeren Neubauprojekten, müssen Orte für Kunst und Kultur geplant und gebaut werden. Wir setzen hier auch auf die Kooperation mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Beim Schulneubau setzen wir uns für Bauwerke ein, die auch offene Kulturorte für die Bewohner:innen der Stadtteile und Kieze anbieten.

Dezentrale Kulturangebote sind für uns ein Schlüssel zu gelingender Teilhabe. Mit der Stärkung der Bezirkskulturfonds haben wir in den Bezirken schon viel erreicht. Wir werden weiter kulturell „weißen Flecken“ insbesondere in Randbezirken den Kampf ansagen.

27. Wie wollen Sie bewirken, dass zukünftig mehr künstlerische Interventionen im öffentlichen Raum aller Bezirke stattfinden? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dabei Genehmigungsverfahren vereinfachen?

Die Pandemie hat gezeigt: Kulturveranstaltungen und Kulturorte im öffentlichen Raum sind unverzichtbar. Deswegen wollen wir mit »Draußenstadt« dezentral Orte für Open-Air-Veranstaltungen verstetigen & neu schaffen und kreative Erlebnis-, Lern- und Experimentierformate für die vielfältige Stadtgesellschaft ermöglichen.

Nicht kommerzielle Free Open Airs wollen wir durch vereinfachte, digitale Genehmigungsverfahren für Straßenmusik und einen Positivkatalog für geeignete Standorte unterstützen.

Wir wollen die Urbane Praxis durch eine ressortübergreifende Kooperation zwischen den Verwaltungen für Kultur, Stadtentwicklung und Integration und Soziales stärken und entsprechende Förderinstrumente entwickeln. Der Projektfonds Urbane Praxis soll verstetigt und ausgebaut werden.

28. Wie stehen Sie zur Idee, ein Kulturfördergesetz für Berlin auf den Weg zu bringen? Wo sehen Sie Chancen und wo Risiken? Welche verbindlichen Standards und Vorgaben in einem Kulturfördergesetz wären Ihnen wichtig?

Die Idee eines Kulturfördergesetzes wollen wir mit den Verbänden, Kulturschaffenden und der Stadtgesellschaft diskutieren und prüfen, ob ein solches Gesetz geeignet ist, um Kulturförderung in Berlin verbindlicher, transparenter, inklusiver und widerstandsfähiger auszugestalten.

Um langfristig planen zu können, streben wir auf einer soliden Datengrundlage und im Dialog mit den Institutionen und Verbänden eine kulturpolitische Perspektivstrategie und Erarbeitung von Entwicklungszielen an. Ein Kulturfördergesetz schärft den Blick der Öffentlichkeit und der Politik auf die Kultur und fördert Engagement. Es wäre allerdings ohne zu definierende Standards (wie bei Musikschulen oder Bibliotheken auf Einwohnerzahlen bezogen), die auch finanziert werden müssen, ein bloßes Bekenntnis, dass Kultur wichtig ist, würde allerdings Kultur als Projekt einer freiwilligen Leistung nicht wirklich beheben und immer unter Haushaltsvorbehalt stehen.

Wir erwarten hier auch ein deutlich höheres Engagement des Bundes, der Kultur als Staatsaufgabe begreifen und die Länder entsprechend unterstützen muss.

29. Der Vereinbarkeit von Elternschaft und künstlerischer Produktion wird im Kunstbetrieb und in den Fördertableaus immer noch kaum Rechnung getragen. Künstler*innen mit Kindern haben es besonders schwer, Arbeits-, Produktions- und Präsentationsbedingungen vorzufinden, die ihren Belangen gerecht werden. Welche Maßnahmen werden Sie umsetzen, um Abhilfe zu schaffen? Setzen Sie sich für Mutterschaftsstipendien ein, für familienfreundliche Aufenthaltsstipendien in Berlin oder einem Unterstützungsfonds für freie Veranstalter*innen, die es ermöglichen Autor*innen Betreuungsangebote für deren Kinder anzubieten?

DIE LINKE Berlin hat es mit der Koalition in Berlin durchgesetzt, dass allen Eltern kostenfreie Kitaplätze gesetzlich zustehen.

Kulturelle Arbeit findet allerdings häufig, in einigen Sparten auch regelmäßig, auch nach den Kitaöffnungszeiten statt. Hierfür Betreuungsangebote zu schaffen, sehen wir als gemeinsame Aufgabe von Kulturinstitutionen und Landes- und Bezirksverwaltungen an.

Transparenz

30. In welchen Bereichen der Berliner Kulturpolitik fordern Sie mehr Transparenz und welche konkreten Maßnahmen hierfür schlagen Sie vor?

Da dies immer wieder von der Freien Szene kritisiert wird, ist das offensichtlich bei Juryverfahren notwendig. Maßnahmen könnten die Durchführung von Informationsveranstaltungen mit ausreichend zeitlichem Abstand zur Antragsfrist und Jury-Briefings sein.

31. Setzen Sie für einen neuen Kulturförderbericht ein, der gemeinsam mit Akteur*innen aus Kunst und Kultur (inkl. der Freien Szene) erstellt wird?

Ja.

32. Inwiefern setzen Sie sich für den Ausbau und die Stärkung der knappen Verwaltungsstruktur ein, um unsere Forderungen gemeinsam und nachhaltig umsetzen zu können?

Dafür werden wir uns nach Kräften einsetzen. Zusätzliche Aufgaben zu lösen, erfordert in der Regel mehr Personal, mehr Räume, mehr Sachmittel und somit eine entsprechende Finanzierung.

CityTax

2017 forderten wir: 100% der Einnahmen aus der City Tax für Kultur, mindestens 50% für die Freie Szene. Als Steuer eingeführt, fließt die City Tax jetzt in den Gesamt-Haushalt ohne eine Verwendungsbindung. Auch wenn ein vom Parlament vereinbarter Fixbetrag in den Kulturhaushalt fließt, hätte eine Ausgestaltung der City Tax als Abgabe eine politische Gestaltung der Mittelvergabe ermöglicht.

33. Was ist Ihre Position zu der Verwendung der Mittel aus der City Tax und wie wollen Sie Transparenz in der Verwendung der City Tax-Mittel sicherstellen?

Dass die Mittel sowohl für Tourismus und Sport, als auch für Kultur verwandt werden, darauf einigte sich das Abgeordnetenhaus und das findet auch unsere Billigung.

Die City-Tax-Mittel fließen in den Landeshaushalt und die Forderung nach einer größeren Transparenz der Mittelverwendung ist zwar verständlich, aber nach dem gegenwärtigen

Haushaltsrecht schwer machbar. Letztlich kommen mehr Haushaltseinnahmen auch dem Kulturhaushalt zugute, wie in der jetzt zu Ende gehenden Legislatur zur erleben war.

34. Wie stehen Sie zu der Forderung der Freien Szene von 50% der Einnahmen aus der City Tax und wie würden sie diese umsetzen?

Auch hier können wir die Forderung nachvollziehen, ist der Beschluss zur Erhebung der City-Tax ja auch eng mit der Debatte, für wen die Mittel dann verwandt werden sollen, verbunden gewesen und damals stand eindeutig die Kultur und insbesondere die der Freien Szene im Mittelpunkt. Die Umsetzbarkeit erscheint uns aber mehr als fragwürdig (s. 33.).

Die generelle Erhöhung des Anteils des Kulturetats am Gesamthaushalt (jetzt nur etwa 2%) ist unsere Zielstellung.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Koch